

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Direktion: Nachrichten Dresden
Verlagsnummer: 23241
Ausgabe: 20011
Verlag: Dresden, L. Marienstraße 28/29

Bezugspreis vom 16. bis 30. November 1928 bei täglich zweimaliger Auslieferung frei Haus 1,70 Mk.
Wochensatz für Monat November 1,40 Mk. ohne Postaufschlag. Einzelnummer 10 Pf.
Anzeigenpreise: Die Anzeigen werden nach Werbemittel, berechnet: die einseitige 20 mm breite Zeile
35 Pf., für auswärts 40 Pf., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Pf., außer-
halb 25 Pf., die 90 mm breite Zeile 200 Pf., außerhalb 250 Pf., Offsetgebühren 20 Pf.
Kunstliche Nachdrucke gegen Vorauszahlung

Druk u. Verlag: Riebig & Reichardt,
Dresden, Wohlthätigk.-Str. 106a
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung
(Verb. Nachr.) zulässig. Unveränderte
Schuldrücke werden nicht ausbezahlt

1929 ein schweres Notjahr

Dr. Luther über Verwaltungsreform und Dr. Popitz über den Finanzausgleich

Berlin, 16. Nov. Auf dem 4. Deutschen Landgemeindetag und 5. Preussischen Landgemeindetag hielt am Freitag

Reichsminister a. D. Dr. Luther

einen Vortrag über Verwaltungs- und Verwaltungsreform. Seine Darlegungen spielten in folgenden Hauptgesichtspunkten:

Verwaltungsreform ohne Neuentwicklung der Selbstverwaltungskräfte in Stadt und Land ist unmöglich. Es kommt darauf an, die Lust an praktischer Betätigung im übersehbar engeren Heimatbezirk mit sachlichem und finanziellem Verantwortungsgefühl zu verknüpfen.

Unsere weltwirtschaftliche Gesamtlage mit der Ueberforderung aller Schwierigkeiten durch die reparationspolitische Belastung zwingt uns, unter Staatsverweil so wirkungsvoll wie möglich zu gestalten, wodurch erst die Möglichkeit einer durchgreifenden Ersparnis gegeben wird.

Die Verfassungsreform muß sowohl die Bahn für eine starke, das Ganze verantwortliche leitende Reichsgewalt freimachen, wie Belastung und Uebertragung wesentlicher Teile der öffentlichen Aufgaben an Länder, Provinzen, Städte, Kreise und Gemeinden oder andere Selbstverwaltungskörper einbeschließen. Nur eine starke, nicht in sich selbst, besonders nicht an der Zentralstelle durch den inneren Wettbewerb der beiden Großstaaten Reich und Preußen, gelähmte Reichsgewalt kann sachgemäße Selbstbeschränkung üben. Deshalb muß die Verfassungsreform jeder gründlichen Verwaltungsreform vorausgehen. An die Stelle des jetzt geübten sogenannten Ausschüttungsprinzips, das in einer Ueberzentralisierung ausmündet, sollte die Schaffung eines planmäßigen Reformwertes eine verfassungsmäßige Sicherung gewisser Grundzüge der Zuständigkeitsabgrenzung treten.

Die Ueberwindung des Dualismus Reich-Preußen, der im Gegensatz zu der im Deutschen Reich von 1871 ver-

wirklichen Lebensbeinheit beider staatlichen Großgewalten die Reichskraft heute an dem entscheidenden Zentralpunkt beinträchtigt, bleibt die Voraussetzung für das Wirksamwerden jeder Reichsreform.

Ueber den Finanzausgleich sprach an Stelle des verhinderten Reichsfinanzministers Hilferding der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium,

Dr. Popitz

Er erörterte die großen Schwierigkeiten, die einer endgültigen Lösung des Finanzausgleichs im Wege ständen. Eines dieser schwierigen Probleme sei die Endlösung der Reparationsfrage. Die Darlehenlast gegenüber sei von größtem Einfluß auf die Verteilung der Ausgaben und Einnahmen zwischen Reich, Ländern und Gemeinden. Vor der endgültigen Lösung des Finanzausgleichs müsse aber auch das Problem der Neugestaltung der staatlichen Verhältnisse in Deutschland gelöst sein, die Verteilung der Zuständigkeiten auf die verschiedenen Glieder des Reiches.

An eine endgültige Lösung des Finanzausgleichs sei demnach in absehbarer Zeit nicht zu denken.

In der Uebergangszeit seien nur Zwischenlösungen möglich, die aber so gefunden werden müßten, daß sie nicht den Weg zur Endlösung versperrten. Das Jahr 1929 werde ein Notjahr sein, wie wir es seit der Stabilisierung nicht erlebt haben. (Bewegung.) Das große Defizit, das in diesem Jahre ausgemittelt ist, wird, wie Staatssekretär Popitz auf Zwischenrufe, die auf den Panzerkreuzer ausgingen, erklärte, nicht durch den Panzerkreuzer beeinflusst. Man müsse aber die Zwischenlösung für dieses Jahr der Notzeit anpassen. Wir könnten jetzt mit Zwischenlösungen vorgehen, um demnach die anderen großen Probleme zu lösen, die jetzt dem endgültigen Finanzausgleich noch im Wege ständen.

Rücktritt des Volksbildungsministers Dr. Kaiser

Sicherem Vernehmen nach wird Volksbildungsminister Dr. Kaiser in den ersten Monaten des nächsten Jahres sein Ministeramt niederlegen. Politische Gründe sind für diesen Entschluß nicht maßgebend. Dr. Kaiser wird auch sein Mandat als Abgeordneter der Deutschen Volkspartei weiter ausüben. Wie die „D. N. N.“ hierzu erfahren, wird Minister Dr. Kaiser in die Direktion der Sächsischen Bodencreditanstalt eintreten, deren Aufsichtsrat er schon seit einer Reihe von Jahren angehört. Während seiner Tätigkeit als Staatsminister ruhen jedoch seine Aufsichtsratsfunktionen.

In der Frage des Nachfolgers hat die Fraktion der Deutschen Volkspartei noch keine Stellung genommen, es ist aber ganz selbstverständlich, daß sie in Anbetracht ihrer verhältnismäßigen Stärke nach wie vor Anspruch auf einen Ministerposten erhebt.

Bundespräsidentenwahl in Oesterreich

Vor einer Verfassungsreform?

Von unserem Wiener Dr. G. L. Korrespondenten

Wien, 14. November

Präsidentenwahlen in Oesterreich waren bislang keine große Affäre. Der Bundespräsident der Republik Oesterreich wird bekanntlich nicht vom Volke direkt gewählt, wie in Deutschland oder in den Vereinigten Staaten, sondern von den parlamentarischen Volksvertretern, von der Nationalversammlung, das ist die Vereinigung von Nationalrat und Bundesrat, analog dem Deutschen Reichstag und Reichsrat. Das heißt also, die Präsidentenwahl wird von den Parteien untereinander erledigt und das Bürgerum erfährt an dem Tage, an dem die Funktionsperiode des bisherigen Präsidenten abläuft, noch rechtzeitig dessen Nachfolger.

Heute zum ersten Male wird die Wahl auch in der breiten Öffentlichkeit mit einiger Spannung erwartet. Schon lange wußte man, daß es heuer nicht so einfach wie bisher gehen würde und das erste Anzeichen dafür waren die vielen Nachrichten über die Präsidentenwahl, die in Oesterreich und im Ausland verbreitet waren. Ausführenden Kandidaten wurden genannt, dann hieß es, die Prärogative des Staatsoberhauptes würde erweitert werden, etwa auf das Ausmaß der Kompetenzen des deutschen Reichspräsidenten mit Auflösungsrecht des Nationalrates, Ernennung der Regierung, Ausschreibung von Neuwahlen, abgesehen davon, daß er selbst vom Volke direkt gewählt werden sollte. Dann wurde berichtet die Präsidentenwürde werde überhaupt abgeschafft werden und wie vor dem Jahre 1920 dem Kanzler oder Präsidenten des Nationalrats übertragen werden. Schließlich spricht man heute ernstlich davon, durch eine Verfassungsänderung die neuerliche, dritte Wahl Dr. Dainisch zum Bundespräsidenten zu ermöglichen. Nach der österreichischen Verfassung darf nämlich der Präsident nur zweimal hintereinander gewählt werden, und da Dr. Dainisch am 8. Dezember seine zweite Funktionsperiode beendet, ist die Frage der Neuwahl bereits dringlich geworden.

Die größte Wahrscheinlichkeit hat tatsächlich die Wiederwahl Dr. Dainisch'. Man will durch eine solche abermalige Veranbarung die große Schwierigkeit umgehen, einen neuen Mann zu finden. Das ist heute nämlich sehr schwer, denn die scheinbar passenden Persönlichkeiten sind einigermaßen spröde. So hört man daß neben anderen Wissenschaftlern, die als Kandidaten genannt wurden, auch der bekannte Gelehrte Professor Wettkamp, der bisher als der ausführendste Nachfolger galt, eine Wahl ablehnen würde. Der Posten des Bundespräsidenten von Oesterreich bietet in der Tat sehr geringe Arbeits- und Schaffensmöglichkeiten. Bei der Aufstellung der Verfassung hatten die Parteien die Befugnisse des Präsidenten nach und nach getrieben, so daß heute sein Wirkungskreis auf Gnadenakte und repräsentative Pflichten beschränkt ist. In allzu großer Mangelhaftigkeit hätte man noch dazu Vorzüge getroffen, daß auch diese Akte nur auf Anweisung der Regierung oder der Minister erfolgen können. Da der Bundespräsident nach der Verfassung außerdem „keinen anderen Beruf“ ausüben darf, ist er gewissermaßen zu Unproduktivität bei härtester Inanspruchnahme durch repräsentative Aufgaben — Eröffnungsfeierlichkeiten aller Art — verurteilt.

Diese Tatsachen machen die Bestrebungen verständlich, hier durch eine Verfassungsreform Abhilfe zu schaffen. Entweder soll der Wirkungskreis des Präsidenten stark erweitert werden oder man wird sich durch Ermöglichung der Wiederwahl Dr. Dainisch' aus der Affäre ziehen wollen. Der Vorschlag der Regierung geht nun dahin, das Mandat des gegenwärtigen Staatsoberhauptes bis zur Erledigung der Verfassungsänderung zu verlängern. Regierung und Mehrheitsparteien tendieren zu einer Reform, für die die Stellung des deutschen Reichspräsidenten das Vorbild ist.

Zu einer Verfassungsreform bedarf es nun einer Zweidrittelmehrheit, die ohne Sozialdemokraten nicht erreicht werden kann. Von ihnen also wird es abhängen, ob Dainisch wiedergewählt wird — auch dazu ist eine Verfassungsänderung notwendig — bzw. in welchem Wirkungskreis der neue Präsident arbeiten wird. Soweit sich die Situation überblicken läßt, stemmen sich die Sozialdemokraten gegen jede Kompetenzerweiterung. Allerdings würden sie eine solche ausgeben, wenn die Verfassungsänderung auch andere Teile der Verfassung erfassen würde. Es heißt, daß sie Trennung von Staat und Kirche, Schulreform, ein neues Erbrecht und

Beginn der entscheidenden Reichstagsitzung

Admiral a. D. Brüninghaus spricht

Berlin, 16. Nov. Die Beratung der Anträge zum Panzerkreuzerbau wird vor überfüllten Tribünen und sehr stark besetztem Hause fortgesetzt.

Abg. Brüninghaus (D. Vp.)

erklärt: Während der Reichstag die Weisrede anhören mußte, die besser nicht gehalten worden wäre, hat die französische Kammer Herrn Poincaré ihr Vertrauen votiert. Bei uns wird dagegen durch Anträge, die nicht zu billigen sind, ein neuer Spalt in unser Volk hineingetrieben. Wenn dadurch schwere Konflikte innerer Natur entstehen und die Stellung unserer Unterhändler bei den Reparationsverhandlungen geschwächt wird, so läßt die volle Verantwortung auf die Antragsteller.

Herr Wels war sich der Schwäche seiner Position bewußt. Er hat von vornherein die etatistische Seite seiner Sache preisgegeben und die Angelegenheit vom rein politischen Gesichtspunkt aus betrachten wollen. Nichtigter würde er allerdings gesagt haben: Wir betrachten sie vom rein parteipolitischen Gesichtspunkt. Er argumentierte so: Das Parlament ist nicht an die Beschlüsse des verflochtenen Reichstags gebunden. Das mag rein theoretisch richtig sein, aber wenn diese ad hoc konstruierte These Schule machen sollte, dann würde es mit dem gerade von Ihrer (zu den Sozialdemokraten) Seite immer so gerühmten Parlamentarismus zu Ende sein. Wohin soll es führen, wenn jeder neue Reichstag erklären wollte: Die Beschlüsse des alten Parlamentes sind nichtig. (Unruhe b. d. Soz.) Was sie verlangen, bedeutet ja die

Errichtung einer Diktatur der Minderheit.

in dem jetzt vorliegenden Falle sogar mit rückwirkender Kraft. Wir sind nicht die Vorkämpfer des Parlamentarismus, aber wir wehren uns dagegen, daß Sie in dieser Weise den Parlamentarismus in sein Gegenteil verkehren. Die Rede des Herrn Wels wäre vielleicht anders ausgefallen, wenn der Reichskanzler und der Reichswehrminister vor ihm gesprochen hätten.

Nach den Ausführungen der beiden Minister hätte er doch unmöglich seine Argumente gegen den Bau des Panzerschiffes aufrechterhalten können.

Ueber den Wehrgedanken und die Wehrhaftigkeit bestehen doch nach den Reden des Abgeordneten Wels und des Reichskanzlers starke Unstimmigkeiten zwischen beiden. Die Behauptung des Abgeordneten Wels, daß das Wehrministerium gegen die klar gestellten Bestimmungen schon rund 20 Millionen für den Panzerkreuzer vergeben habe, ist eine schwere Anschuldigung gegen das Kabinett.

Was der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion, Wels, dem Wehrminister vorgeworfen hat, ist vom Reichskanzler Müller auf das Schärfste widerlegt worden.

Es sind also weitgehende Unstimmigkeiten zwischen dem Vorsitzenden der Fraktion und dem Parteiführer und Kanzler vorhanden. Die zuständigen Stellen hätten allerdings besser getan, die Öffentlichkeit über diese Angelegenheit früher zu informieren. Dann wäre der ganze Streit vielleicht nicht gekommen.

Nach etwa einhalbstündiger Rede des volksparteilichen Abgeordneten Brüninghaus ergriff für die demokratische Fraktion der Abgeordnete Lemmer das Wort.

Das Kabinett berät mit den Parteiführern

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 16. Nov. Das Reichskabinett ist heute vormittag abermals zusammengetreten, um die letzten Beratungen über den Verlauf der heutigen Debatte und die Abstimmungsmodalitäten zu besprechen. Daraus fand in den Mittagsstunden im Reichstag eine Besprechung der Kabinettsmitglieder mit den Führern der Regierungsparteien statt. Von den Vertretern der hinter der Regierung stehenden bürgerlichen Parteien wurde erneut der Mißbilligung über die getragene Rede des Abg. Wels Ausdruck gegeben. Nach der Parteiführerbesprechung trat sofort der sozialdemokratische Fraktionsvorstand zu einer Sitzung zusammen und gleich darauf die Zentrumsfraktion.

Die Zentrumsfraktion beschloß nach einem Bericht des Abg. Stegerwald über die interfraktionellen Besprechungen sich nicht mit einer kurzen Erklärung im Plenum zu begnügen, sondern vielmehr ausführlich den Abg. Dr. Wirth zu Wort kommen zu lassen.

Die demokratische Fraktion schloß nicht Dr. Haas, sondern den Abg. Lemmer heute in die Debatte. Den sehr schlechten Eindruck, den Herr Wels gestern zurückgelassen hat, soll heute als zweiter sozialdemokratischer Redner der vielgewandte Dr. Breitscheid wieder vermischen. Vor dem Anfang der heutigen Plenarverhandlungen, die um 2 Uhr begannen, traten außerdem die Fraktionen der Deutschen Volkspartei und der Demokraten zusammen. Nach dem Plenum tagt die Fraktion der Wirtschaftspartei.

Das GdO, das die sozialdemokratische Panzerkreuzerrede hervorgerufen hat, spiegelt sich heute in einer einheitlichen Stellungnahme wider, die von rechts bis links in der Presse zum Ausdruck gebracht wird. Das Zentrumsbüro „Germania“ meint, daß die Sozialdemokratie eine seltene Geschicklichkeit darin habe, in kritischen parlamentarischen Situationen solche Redner mit der Vertretung der Fraktion zu beauftragen, denen

jedes Gefühl für die Aufgabe der Stunde und jede Rücksicht auf staatspolitische Erwägungen fehle.

Eine solche Bloßstellung der agitatorischen Bedürfnisse der sozialdemokratischen Partei sei selbst in den eigenen Reihen peinlich empfunden worden.

Der „Vokalanzelger“ nennt das, was Wels gestern ausgeführt hat, ein Spektakelstück und meint, die Zeit solcher „Welle“ sei vorüber. Die nachgewachsenen Generationen seien überall zu hell, zu kritisch geistig und zu verständig, um den harmonischen Ton und die etwas ausgelegerte Volksverformungsdemagogie der alten Matadore ohne Ingeburd noch länger ertragen zu können. Die primitiven Klischees, mit denen man die geistigen Erfordernisse des innenpolitischen Kampfes seit einem Vierteljahrhundert formallos bestritten habe, seien reiflos abgebraucht. Die Welle heulten zwar noch, allein die Zähne seien ihnen ausgebrochen.